



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Unterstützt von



Betrifft: Keine Kürzung der Wohnbeihilfe

Die steirische Landesregierung hat umfassende Einschnitte bei der Wohnbeihilfe vorgenommen. Tausende GrazerInnen, insbesondere PensionistInnen, AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien, sind davon betroffen. Die Wohnbeihilfe wird gekürzt, die Bezugsgrenze gesenkt und Unterhalt, Alimente oder Familienbeihilfe in die Berechnung einbezogen. Auch Studierende trifft es hart. Nur mehr jene, deren Eltern effektiv unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen, sollen anspruchsberechtigt sein. Viele WGs werden so nicht mehr leistbar sein.

Dabei ist Wohnen in Graz schon jetzt für viele Menschen kaum noch leistbar. Sie geben oft mehr als die Hälfte des Haushaltseinkommens dafür aus. Die Wohnbeihilfe wurde geschaffen, um diesem Trend entgegen zu wirken und muss als wichtige Maßnahme erhalten bleiben.

Die Stadt Graz ist von dieser Veränderung massiv betroffen, hatte aber nicht die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu dieser gravierenden Veränderung abzugeben. Für das Gesetz gab es keine Begutachtungsfrist, obwohl die Landesverfassung dies vorsieht. Es soll bereits ab September 2016 gelten.

Zu betonen ist auch, dass das Land Steiermark so einen Teil der Kosten auf die Stadt abwälzt. Das Grazer Modell der Mietzinszahlung gewährleistet, dass MieterInnen von Gemeindefamilienwohnungen nicht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen ausgeben müssen. Kommt die geplante Kürzung der Wohnbeihilfe, muss die Stadt noch mehr an Mitteln dafür aufwenden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz spricht sich in aller Deutlichkeit gegen die vom Landtag beschlossenen Einschnitte bei der Wohnbeihilfe aus, die tausende Grazerinnen und Grazer treffen werden. Sie wird eine entsprechende Stellungnahme an den Landtag und die Landesregierung richten und sie ersuchen, das beschlossene Gesetz auf Basis dieser Stellungnahme noch einmal zu überdenken.